

# NZZ am Sonntag

## Verteidigung

### Deutschland rüstet auf – und der Westen applaudiert

Mehr als 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und mehr als 27 Jahre nach dem Fall der Mauer passiert das, wovon viele einst gewarnt hatten: Deutschland kündigt eine massive militärische Aufrüstung an. Darauf läuft das Versprechen hinaus, das Kanzlerin Angela Merkel dieses Wochenende an der Münchner Sicherheitskonferenz gegeben hat. Sie kommt damit in der Sache berechtigten Forderungen des neuen US-Präsidenten Donald Trump entgegen, dass Europa sich angemessen an den Kosten seiner Verteidigung beteiligt. Wird Berlin – wie versprochen – die Vorgaben des westlichen Verteidigungsbündnisses Nato einhalten, muss es seinen Militäretat um zwei Drittel aufstocken. Das wären zusätzlich rund 25 Milliarden Euro jährlich. So viel deutsche Aufrüstung hätte vor wenigen Jahren noch weltweit Ängste und Proteste hervorgerufen. Doch in der Ära Trump geschieht das Gegenteil. Der Westen ist dankbar dafür, dass Berlin Stärke und Entschlossenheit zeigt, wo die neue Regierung in Washington nichts als Verwirrung stiftet. Gut daran ist, dass überhaupt jemand in Europa die Führung übernimmt. Merkel tat dies bereits bei der Euro-Krise und auch beim Flüchtlingsabkommen mit der Türkei. Solange es keine ausserpolitisch handlungsfähige EU gibt, bleibt Europa nichts anderes übrig, als Merkel zu vertrauen. (maz.)

## Unfallserie

### Bei der Luftwaffe fehlt die Sicherheitskultur

Seit Freitag ist die Schweizer Luftwaffe international im Gespräch. Leider unrühmlich. Der jüngste, glimpflich verlaufene Zwischenfall – ein Flugzeug einer PC-7-Staffel hat im Zielgelände der Ski-WM in St. Moritz ein Tragseil zertrennt und eine Seilbahn-Kamera auf die Piste stürzen lassen – ist der vierte seit letztem Sommer. Im Juni stürzte ein Flugzeug einer Patrouille-Suisse-Formation ab, wobei der Pilot überlebte. Im August prallte ein F/A-18-Pilot in einen Felsen und kam ums Leben, und im September verunglückten zwei Super-Puma-Piloten tödlich. Die Unfälle hatten Bundesrat Guy Parmelin bereits vor dem St. Moritzer Ereignis eine externe Überprüfung anordnen lassen, um die Serie zu stoppen. Statt Luftwaffenchef Aldo Schellenberg zur Verantwortung zu ziehen, betraute ihn Parmelin mit zusätzlichen Funktionen in der Armee, weit weg von dessen Kerngeschäft. Gleichzeitig muss die Luftwaffe mit weniger Personal und beschränkten Trainingsstunden steigenden Ansprüchen gerecht werden. Nicht-Pilot Schellenberg ist weit entfernt vom fliegerischen Alltag und bewegt sich nun noch weiter fort. Dabei müsste er sich um die Sicherheitskultur kümmern und die Ursache für die Unfallserie finden. Pech reicht als Erklärung nicht. (asc.)

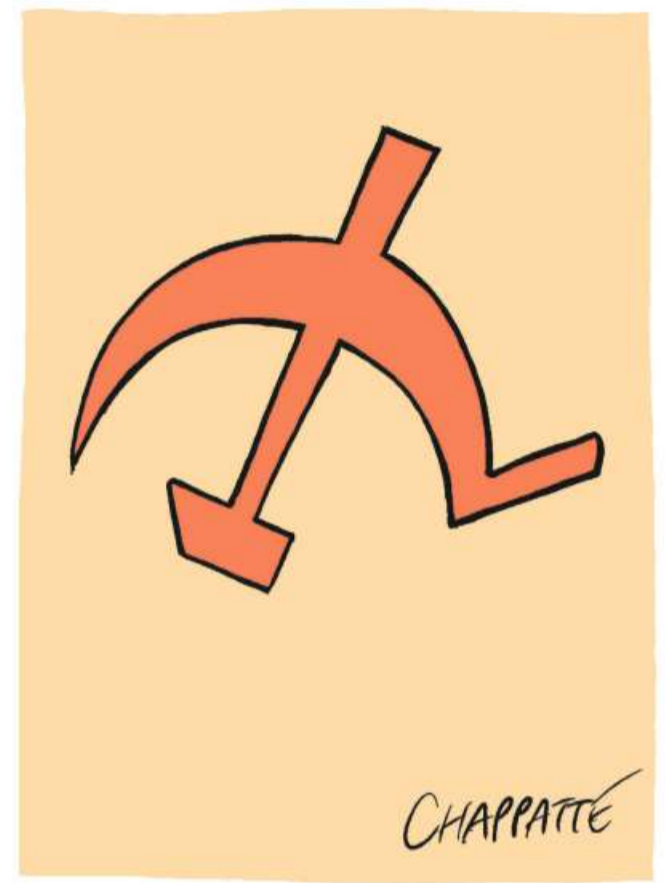
## Aufschwung in Europa

### Selbst Griechenland wächst

Immer scheint in Europa Krise zu sein. Bemerkenswerter als das Geschrei auf der Bühne ist aber oft, was sich im Stillen dahinter abspielt. Zum Beispiel dies: Zum ersten Mal seit zehn Jahren expandieren die 28 europäischen Volkswirtschaften alle gemeinsam. Selbst die Wirtschaft Griechenlands wächst wieder! Dieses und nächstes Jahr sollen es im EU-Schnitt 1,8 Prozent sein. Die Arbeitslosigkeit sinkt unter 8 Prozent, 2013 waren es noch 12 Prozent. Zudem steigen die Löhne, die Staatsschulden sinken. Die Preise ziehen an, was gut ist für die Wirtschaft. Schwächelt der Euro gegenüber dem Dollar, hilft dies den europäischen Exporteuren. Blümlein im Schatten wachsen über sich hinaus, wenn im Frühjahr die Sonne auf sie fällt. (jac.)

## Chappatte

### Bedrohliche Zeichen weisen nach Russland:



## Der externe Standpunkt

### Eine Aufnahmegebühr für Flüchtlinge ist besser, als Mauern zu bauen

#### Von Asylsuchenden eine Abgabe zu verlangen, wirkt auf den ersten Blick störend. Doch es bringt Vorteile für die Aufnahme- und für die Herkunftsländer, **meinen Margit Osterloh und Bruno S. Frey**

Präsident Donald Trump beschliesst, eine Mauer gegen Mexiko zu bauen. Die Europäische Union verständigt sich auf Malta darauf, den Zustrom von Flüchtlingen zu stoppen, indem deren Überfahrt nach Europa verhindert wird. Das ist faktisch ebenfalls eine Mauer. Sie ist gegen Flüchtlinge gerichtet, die Krieg, Verfolgung oder Armut entkommen wollen. Mauern – in welcher Form auch immer – stellen keine sinnvolle Lösung dar. Das Bestreben von Millionen Menschen, auf illegale Weise in sichere und wirtschaftlich bessergestellte Länder zu gelangen, wird dadurch nicht vermindert. Vielmehr werden die Gewinne für kriminelle Schlepper und Passfälscher erhöht, schlimmer noch, die Hoffnungslosigkeit kann sie zu willkommenen Opfern terroristischer Gruppen machen und gefährdet damit unsere Sicherheit.

Wir schlagen eine andere Lösung vor: eine kontrollierte Einreisemöglichkeit unter humanitären Bedingungen. Unsere Länder können als Genossenschaften angesehen werden, die öffentliche Güter wie Schulen, Strassen oder ein funktionierendes Justizsystem schaffen. Wer als neues Mitglied daran teilhaben will, muss einen Anteilsschein erwerben.

Auf den ersten Blick erscheint es störend, gerade von Flüchtlingen eine Aufnahmegebühr zu verlangen. Aber schon jetzt geben Flüchtlinge viel Geld aus in der Hoffnung, zu uns zu gelangen. Sie bezahlen damit kriminelle Banden (von denen sie mitunter auch noch zu Drogenhandel oder Prostitution gezwungen werden). Im Durchschnitt sind dies 9000 Franken pro Person. Ein gefälschter Pass muss für 2000 bis 4000 Franken erworben werden. Hinzu kommen hohe Risiken für Leib und Leben, Kinder werden schrecklichen Erlebnissen ausgesetzt.

Anders bei unserem Vorschlag: Es darf gefahrlos einreisen, wer einen Anteilsschein an der Landesgenossenschaft erwirbt und bereit ist, sich an deren Regeln zu halten.

Jeder Flüchtling erhält unter diesen Bedingungen eine sofortige Arbeitsbewilligung. Die Genossenschaft legt den Preis für den Anteilsschein fest. Dieser muss zum einen eine steuernde Wirkung haben. Zum anderen muss er neben humanitären Aspekten berücksichtigen, inwieweit langfristig die Kosten der Integration gedeckt werden und die Produktivität der Genossenschaft erhalten bleibt oder sogar erhöht wird. Politische Asylsuchende erhalten nach ihrer Anerkennung das einbezahlte Geld zurück. Wer ins Heimatland zurückkehrt – dies ist bei durchlässigen Grenzen im Laufe von zehn Jahren zu etwa 50 Prozent der Fall –, kann den Anteil wieder an die Genossenschaft verkaufen und erwirbt damit ein Kapital, das den Wiedereinstieg in seinem Ursprungsland erleichtert. Es werden Märkte für Mikrokredite zur Finanzierung der Eintrittsgebühr entstehen. Private Sponsoren, humanitäre Organisationen und Firmen können hier aktiv werden.

Unser Vorschlag stellt eine Win-win-Situation für Aufnahme- wie für Herkunftsländer dar. In den Aufnahmeländern werden die Sozialsysteme nicht überstrapaziert, vorausgesetzt, die Mindestlöhne und Sozialleistungen für Migranten sind angemessen. Es gibt Befunde, dass unter dieser Voraussetzung Produktivität und Löhne sowohl im Hoch- wie auch im Niedriglohnssektor steigen. Die Anreize und Möglichkeiten zum Lernen der Landessprache sowie zur Integration werden erhöht. Das wiederum lässt die Akzeptanz durch die lokale Bevölkerung steigen.

Besonders wichtig ist uns, dass auch die Herkunftsländer der Flüchtlinge profitieren. Erstens überweisen Migranten viel Geld an ihre Heimatländer. Diese Rücksendungen machen doppelt so viel aus wie die offizielle weltweite Entwicklungshilfe. Zudem sind sie mehr als doppelt so effektiv. Diese Mittel gehen nicht in der Bürokratie und durch Korruption verloren, sondern kommen direkt bei den Bedürftigen an. Darüber hinaus – so der Nobelpreisträger Angus Deaton – verstärken sie den Einfluss der Bevölkerung gegenüber ihren Regierungen, anstatt ihn zu unterminieren, wie dies bei der Entwicklungshilfe an korrupte Regierungen der Fall ist.

Zweitens werden Menschen in Entwicklungsländern dazu motiviert, sich gut auszubilden, damit sie in den Aufnahmeländern wettbewerbsfähig sind. Solche Anreize wirken als Bildungskatalysator auch für jene, die im Land bleiben. Sie führen dazu, dass viele, die ursprünglich gehen wollten, zu Hause eine Perspektive sehen. Ihre Produktivität und ihre Lebenschancen steigen.

Anders als durch Mauern würde mit unserem Vorschlag insgesamt die Perspektivlosigkeit beseitigt: für die Flüchtlinge, indem sie auf legalem Wege ihre Zukunft selbst verbessern können. Und für uns, weil wir auf humanitäre und effiziente Weise Entwicklungshilfe leisten, die Einwanderung steuern und zugleich dem Terrorismus in den Entwicklungsländern entgegenwirken.

#### Margit Osterloh und Bruno S. Frey



**Margit Osterloh**, 73, war Professorin für Betriebswirtschaft an der Uni Zürich. Zu ihren Spezialgebieten zählen Manager-Entscheidungen und Frauen in Unternehmen. **Bruno S. Frey**, 75, ist Ökonom und ständiger Gastprofessor an der Uni Basel. Er gilt als Pionier der Ökonomischen Theorie der Politik und der Glücksforschung.